

## DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter!

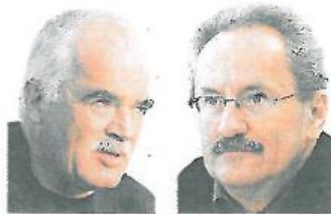
„Ja, mach nur einen Plan“, heißt es bei Bert Brecht, „und sei ein großes Licht, und mach dann noch nen Plan, gehn tun sie beide nicht.“ Der erste Plan soll ja wohl in Vergessenheit geraten. Obwohl er wirklich seinerzeit hell leuchtete, Euer Leuchtturm-Projekt war, Euch als großes Licht erscheinen ließ... Erinnerst Du Dich noch? Zum Glück erscheint unser Briefwechsel auch in Buchform, und da kann man es ganz locker nachlesen, schon im ersten Band. Am 1. Oktober 2009, gleich nach Eurem triumphalen schwarz-gelben Wahlsieg im Bund, hast Du geschrieben, dass der neue Finanzminister (Du hattest Dir Westerwelle gewünscht) „die Steuern senken muss, dass allen die Spucke wegbleibt“.

Und weiter: „Darüber haben die Wahlkampf-Lager doch am ernsthaftesten gestritten, und das war das zentrale Thema für das Entscheidungsverhalten der Wähler am letzten Sonntag.“ Und dann hast Du ganz realistisch präzisiert: „Um das zu beweisen, hat die Regierung Merkel/Westerwelle genau 8 Mo-

nate, bis zum Mai 2010, dann sind Wahlen in Nordrhein-Westfalen, und bis dahin reicht die Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat. Wenn bis dahin die große Steuersenkung nicht etabliert ist, wird Merkel/Westerwelle zu Kohl/Kinkel und wird auch so enden wie Kohl/Kinkel.“ Wie Recht Du hattest!

Im zweiten Band habe ich am 5. November 2009 nachgehakt: „Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht doch nach wie vor Euer Versprechen, in Zeiten sprunghaft steigender Schulden die Steuern zu senken und so die Schuldenlast regelrecht explodieren zu lassen. Habt Ihr wirklich schon alles vergessen, was Ihr je über Generationengerechtigkeit vertont habt?“ Weil ich es unverantwortlich fand, die jahrelang als bedrückendes Problem erkannten Staatsschulden einfach auszublenden, hieß dieser Brief „Die Stunde der Scharlatane“. Und jetzt? Jetzt wird das zentrale Wahlversprechen von 2009 einfach aus dem Verkehr gezogen, in alten Kleidertruhen eingemottet, mit der Löschtaste im kollektiven Gedächtnis beseitigt, weil eine neue Verheißung

## Briefwechsel



zwischen  
Peter Gauweiler und Christian Ude

## Die zweite Stunde der Scharlatane

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Schönwetter bei verunsicherten Wählern machen soll: Die Staatsschulden, die 2009 noch verdrängt werden sollten, sollen jetzt nicht nur aus dem Bewusstsein, sondern sogar in der Realität getilgt werden.

Natürlich stimmt die Richtung, das muss nach der grundgesetzlichen Schuldenbremse und dem europaweit gültigen Fiskalpakt nicht mühsam begründet werden.

Und Griechenlands Entwicklung zeigt ja überdeutlich, dass kreditfinanzierte Wohltaten die Menschen auf Dauer nicht glücklich, sondern in unerträglicher Weise abhängig von den internationalen Finanzmärkten machen.

Aber muss man, nur weil man den richtigen Weg einschlagen will (geschehen ist ja noch nichts) gleich angeberisch auf die Pauke hauen, als

sei man in der eben erst entdeckten Disziplin bereits Weltmeister? Und schon wieder Versprechungen in die Welt setzen, die weder Hand noch Fuß haben – obwohl man sich bei der getäuschten Öffentlichkeit noch nicht einmal dafür entschuldigt hat, die letzten Wahlen mit einem zentralen Wahlkampfthema gewonnen zu haben, aus dem in der schönsten Wirklichkeit leider nichts geworden ist?

„Und mach dann noch nen zweiten Plan“... Der zweite Plan, die Staatsverschuldung nicht durch Einnahmeverluste in die Höhe zu jagen, sondern jetzt plötzlich wieder abzubauen, gefällt mir besser als der erste, von dem übrigens gestern Abend, am 6. März 2012, unser seriöser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Bayerischen Fernsehen treffend sagte, man hätte vor einigen Jahren nicht so große Erwartungen in Steuersenkungen schüren sollen. Aber wird der Plan auch aufgehen? Schuldenfreiheit bis 2030? Dass die Landesbank ihre zehn Milliardenlöcher selber zuschütten kann, glaubt ja wohl keiner. Und dass die notwendige Korrektur des Länderfinanzausgleichs jährlich eine Milliarde bringen

wird, ist auch Optimismus pur. Im besten Fall. Im schlimmsten ein Wahlversprechen, an das die Urheber selber nicht glauben. Eine zweite Stunde der Scharlatane!

Wenn es aber ernst gemeint ist, birgt das Versprechen durchaus auch Sprengkraft. Wir stimmten jahrelang in der Analyse überein, dass nach der Bankenkrise die Akteure der internationalen Finanzmärkte die Lasten ihrer gescheiterten Zockerei auf die Steuerzahler abwälzen konnten, weil sie „too big to fail“ waren, zu groß, um fallengelassen zu werden. So würden die Staatshaushalte geplündert. Wenn den Staaten jetzt auf diese Weise auch noch die Fähigkeit genommen würde, die Wirtschaft anzukurbeln und soziale Standards zu sichern, wäre der marktradikale Kahlschlag perfekt. Wohin das führt – auch das kann man in Griechenland sehen. Eine recht verstandene Schuldenbremse ist deshalb auch eine Verpflichtung, für ausreichende Staatseinnahmen zu sorgen. Das muss man aber auch ehrlich sagen!

Mit herzlichen Grüßen,  
Dein Christian Ude